

Nicht alle tragen den Kompromiss zum Wasser mit

FDP, Linke und UWG verweisen auf Mehrkosten und das Risiko von Klagen. SPD-Mitglied Harald Stadler geht eigene Fraktion an

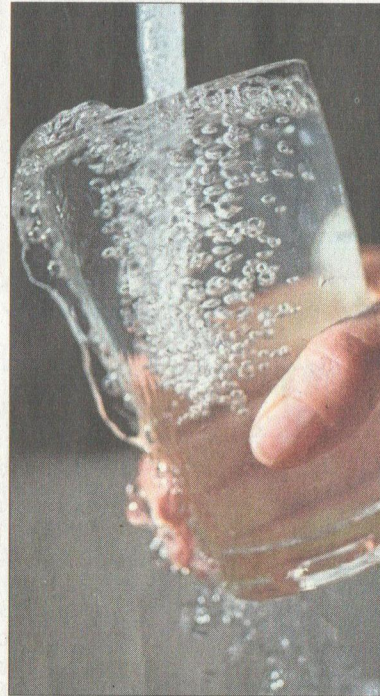
VON ANTJE JAGODZINSKI

BORNHEIM. Der Kompromiss zur Umstellung der Bornheimer Wasserversorgung, den CDU, SPD und Grüne ausgehandelt haben, trifft bei FDP, Linken, UWG und der Aktionsgemeinschaft Trinkwasser nicht auf Zustimmung. Wie berichtet, wollen Christ- und Sozialdemokraten sowie Grüne gemeinsam durchsetzen, dass der Anteil des weicheren, aber teureren Wassers vom Wahnachtalsperrenverband (WTV) im Bornheimer Trinkwasser von 25 auf 40 Prozent erhöht wird. Der Anteil des Wasserbeschaffungsverbandes Wesseling-Hersel (WBV) soll von 75 auf 60 Prozent sinken. In einem späteren Schritt möchten CDU und Grüne mit ihrer Mehrheit von einer Stimme das Verhältnis dann erneut auf 50 zu 50 Prozent ändern.

„Es geht nur noch darum, das Gesicht zu wahren“

Christian Koch
Liberale

„Wir werden dem faulen Kompromiss von Schwarz-Rot-Grün auf keinen Fall zustimmen, denn er ist nutzlos und teuer“, erklärt Alexander Schüller, FDP-Mitglied im Betriebsausschuss. „Die angeblichen Verbesserungen durch weicheres Wasser wird selbst bei einem 50/50-Verhältnis kein Verbraucher merken, denn die Härte sinkt auch dann nur um zwei Grad.“ Liberalen-Fraktionschef Christian Koch spricht von einer „Verzweiflungstat“ von CDU und Grünen: „Es geht offenbar nur noch darum, das Gesicht zu wahren. Für diesen Hokusfokus hat die Stadt Bornheim in den letzten Jahren Hunderttausende von Euros verschleudert.“ Der SPD habe er „mehr Rückgrat“ zugetraut: „Die SPD hat offenbar fürchterlich schlecht verhandelt und muss nun Änderungen beim Wasser zustim-



Ums Trinkwasser geht es im Juni im Betriebsausschuss. FOTO: DPA

men, die sie selbst vor Monaten noch bei einem Bürgerentscheid entschieden abgelehnt hat.“

Auch SPD-Mitglied Harald Stadler kritisiert seine Fraktion. „Wir haben nicht drei Monate für so einen Formelkompromiss gekämpft, bei dem voraussichtlich die Verwaltungsgerichte das letzte Wort haben werden“, äußert er sich als Sprecher der Aktionsgemeinschaft Bornheimer Trinkwasser, die – unterstützt von SPD, Linke und UWG – einen Bürgerentscheid initiiert hatte. Dieser war bekanntlich im November an letztlich zu geringer Beteiligung gescheitert. „Mitmachen bedeutet auch, mitverantwortlich gemacht zu werden“, meint Stadler zur Rolle der SPD. Besonders befremdlich sei, dass die Koalitionäre weder mit der Stadt Wesseling noch dem WBV gesprochen hätten. Der vom Gewerbeverein, dem Wesselingener Bürgermeister und dem Verbandsvorsteher des WBV eingebrachte Vorschlag einer

festen vertraglichen Abnahmemenge (der GA berichtete) werde indes „auf dem Altar einer Wasser-Groko geopfert“.

Auf mögliche Klagen verweist auch Else Feldenkirchen, Pressesprecherin der UWG. „Wir werden keinem Mischungsverhältnis zustimmen, das zu einer Verteuerung führt“, bekräftigt sie die Position der UWG. „Wir sind der Meinung, dass eine Veränderung nicht nötig ist, weil unser Wasser in Ordnung ist.“ Da ein höherer Wasserpreis den Bürgern nicht zuzumuten sei, will, wie berichtet, auch die Linke den Kompromiss nicht mittragen.

Einzelratsmitglied Paul Breuer verweist darauf, dass sich der Vorstand der ABB am Samstag zu dem Thema trifft. Eines sei aber schon klar: „Wir werden auf keinen Fall einer Festschreibung von 60 zu 40 Prozent auf lange Zeit zustimmen“, so der Befürworter eines Wasserwechsels.